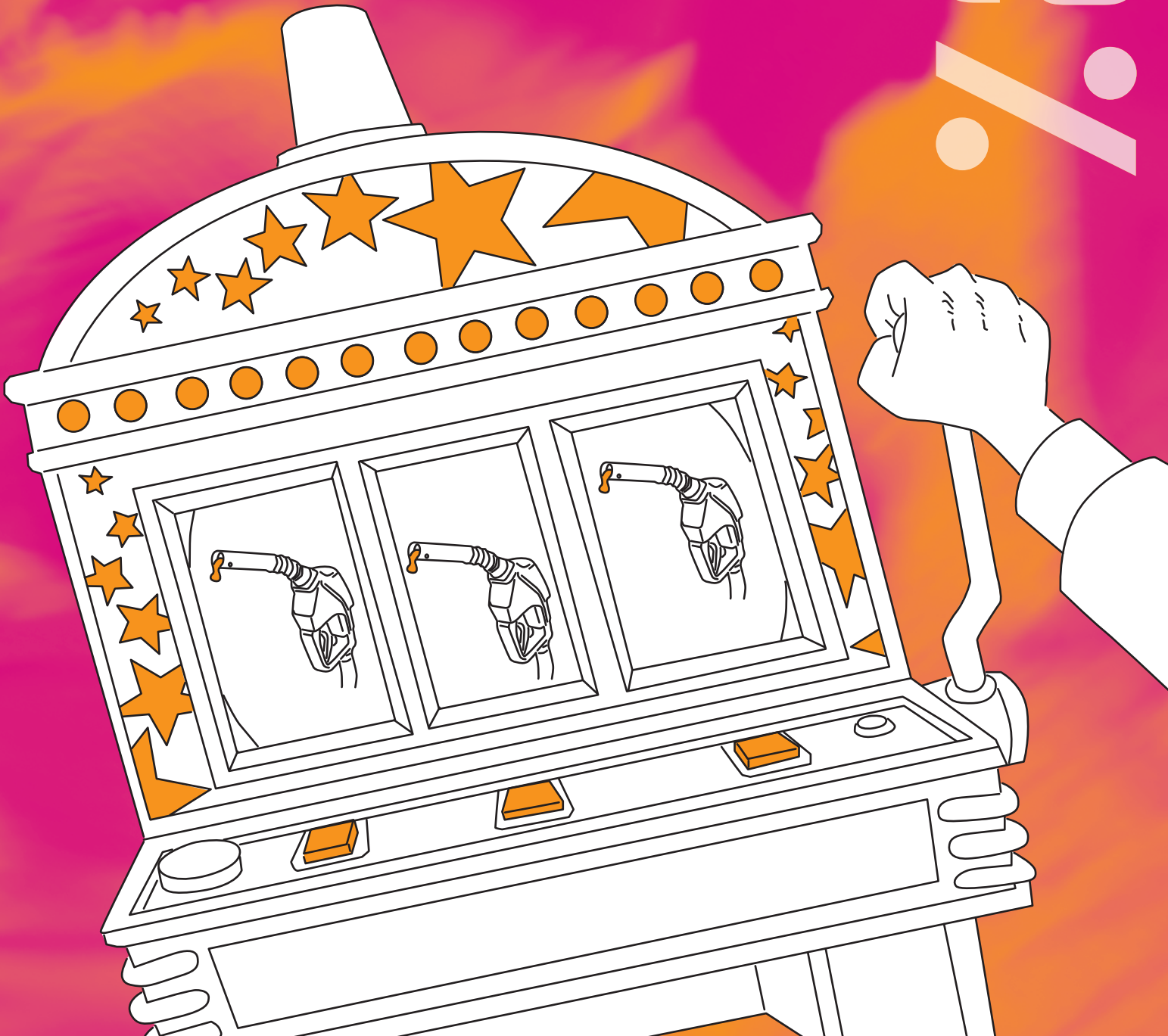


attac





SONNENTOR®

SONNENTOR
GRÜNDER
JOHANNES
GUTMANN

1988

HEUTE

WIR SEHEN

BIO SCHON

35 JAHRE

DURCH DIE

ROTE

BRILLE

So lange schon ist die auffällige Sehhilfe das Markenzeichen von SONNENTOR Gründer Johannes Gutmann. Und genauso lange begeistern wir mit besten Bio-Tees und Gewürzen. 1988 noch als blauäugig abgetan, wurde aus der Vision Wirklichkeit: Bio ist gefragter denn je. Und so werden wir auch in Zukunft genau hinschauen. Wir setzen auf nachhaltige, innovative Produkte, arbeiten im Kreislauf der Natur und mit viel Wertschätzung füreinander.

www.sonnentor.com/35jahre

35
SONNENTOR

Rohstoffe für die Energiewende	4
Fossile Finanziere der Klimakrise	6
Energieversorgung demokratisieren!	8
Internationales Steuerwesen	10
Neues Eigentümerregistergesetz	12
Für einen Beitrag der Reichsten!	13

Liebe Freund*innen von Attac!

Ein Sommer voller Hitzerekorde und Naturkatastrophen liegt hinter uns. Nie zuvor waren die Folgen der Klimakrise in dieser Intensität sichtbar. Laut dem Erdbeobachtungsprogramm Copernicus der EU war es global der heißeste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Bedrohungslage durch die Klimakrise kann durch eine lange Liste weiterer Krisen ergänzt werden: der andauernde Krieg in der Ukraine, eine erstarkte Rechte, Rekord-Inflation... Bei Attac stehen wir immer wieder vor der Frage, wie wir trotz der schlechten Nachrichtenlage nicht den Mut für wirkliche Veränderung verlieren.

Wie schaffen wir es als Bewegung diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen? Zum einen finden wir Kraft in der Zusammenarbeit mit vielen Mitstreiter*innen: Erstmals veranstalteten wir heuer eine „SommerAkademie der sozialen Bewegungen“ zusammen mit weiteren Organisationen – ein sehr bestärkender Event, aus dem neue Ideen und Bündnisse entstanden sind.

Zum anderen sollten wir uns immer vergegenwärtigen, was wir schon alles erreichen konnten – ein Beispiel dafür ist unser erfolgreicher Widerstand gegen das EU-Mercosur-Abkommen, das die EU-Kommission ja am liebsten schon vor Jahren abgeschlossen hätte. Was sich da gerade tut und wie die EU versucht, über bilaterale Abkommen an südamerikanische

Rohstoffe zu kommen, ist auf den Seiten 4 – 5 zu lesen.

Die Macht des Finanzsektors steht schon immer im Zentrum unserer Arbeit. Ein zentraler Grund für die Beständigkeit fossiler Energien liegt in der Bereitstellung exorbitanter Kapitalbeträge durch die großen Player auf den Finanzmärkten. Wie wir diese Konzernmacht brechen und was das mit einer gigantischen Ölpipeline in Ostafrika zu tun hat, lest ihr auf den Seiten 6 – 7.

Während Energiekonzerne wie die OMV im letzten Jahr Rekordgewinne einfahren konnten, waren die Folgen der profitgetriebenen Inflation für die meisten Menschen immer deutlicher spürbar. Als sich zu allem Überfluss die globale Gaslobby im März zu ihrem jährlichen Stelldichein in Wien traf, veranstalteten wir zusammen mit anderen Organisationen die „Power to the People Conference“. Gemeinsam mit über 600 Aktivist*innen aus Europa, Afrika, Südamerika und Asien setzten wir ein starkes Zeichen gegen fossile Lobbyinteressen (Seiten 8 und 9).

Weitere spannende Beiträge zum Eigentümerregister, zu aktuellen Entwicklungen im internationalen Steuerwesen und zur Vermögenssteuer finden sich ebenfalls im Heft. Wir wünschen eine spannende Lektüre und viel Kraft für den Herbst!

Euer Attac Vorstands-Team

Impressum

Attac Österreich Magazin 2023/2

Attac Österreich
Netzwerk für eine demokratische, sozial-,
ökologisch- und geschlechter-gerechte
Gestaltung der Wirtschaft

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 10 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Christian Berger, Wolfgang
Homola, Anne Lange, Klara Tolnai
grafikteam@attac.at
Druck: gugler* print, 3390 Melk
Auflage: 4.000 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-
Schmitzberger, David Walch
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Viervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, Oktober 2023

rohstoffe für die energiewende: woher nehmen, vielleicht stehlen?

der neokoloniale ressourcenraub hat schon längst begonnen

Das Herzstück einer sozial-ökologischen Transformation müssen die Verkehrswende und der Umstieg auf erneuerbare Energien sein. Doch da gibt es einen großen Haken: E-Autos, Windturbinen und Photovoltaikanlagen benötigen riesige Mengen an Rohstoffen, die in der EU nicht ausreichend vorhanden sind. Ein mittelgroßes Windrad etwa verbraucht fast fünf Tonnen Kupfer, zusätzlich drei Tonnen Aluminium, zwei Tonnen seltene Erden und viele andere Rohstoffe mehr. Woher kommen diese Ressourcen?

Die neokoloniale Rohstoffpolitik der EU

Schon seit 2008 versucht die EU mit einer eigenen Rohstoffstrategie das Problem anzupacken. Sie will zum einen die Eigenversorgung mit Rohstoffen vorantreiben, z.B. mit dem „Critical Raw Materials Act“. Dieser sieht vor, dass 2030 mindestens 10 Prozent der abgebauten Rohstoffe aus der EU kommen – ein ambitioniertes Ziel, wenn man bedenkt, dass die EU bei über der Hälfte dieser kritischen Rohstoffe vollständig oder fast vollständig abhängig von Importen aus Drittländern ist. Zum anderen versucht die EU – im Wettlauf mit anderen Wirtschaftsmächten – sich den Zugang zu Rohstoffen im Globalen Süden über Handelsabkommen und bilaterale Rohstoffabkommen zu sichern.

Das weiße Gold aus Chile

2003 schloss die EU mit Chile ein sogenanntes Assoziierungsabkommen ab, also ein Handelsabkommen kombiniert mit einem politischen Abkommen. Im Dezember 2022 wurden die Verhandlungen über die Überarbeitung beendet, und die EU-Kommission möchte das Abkommen unbedingt noch 2023 unterzeichnen – ungeachtet der verheerenden Folgen für die indigenen Gemeinschaften, die Ökosysteme und die Bevölkerung Chiles.

Über das Energie- und Rohstoffkapitel des Abkommens will sich die EU den Zugang zu Lithium, Kupfer und Wasserstoff sichern. Im geopolitischen Kampf der Weltmächte um die politische und ökonomische Hegemonie rückt Lithiumkarbonat, das „weiße Gold der Anden“, als zentraler Rohstoff des grünen Kapitalismus immer mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit. Lithium wird zu circa 90 Prozent für Batterien von E-Autos, aber auch für sonstige Batterien (etwa für Haushalte mit Solarpanelen oder Laptop-Batterien) benötigt. Ähnliches gilt für Kupfer, das zwar häufiger vorkommt als Lithium, aber für eine Energiewende in riesigen Mengen benötigt wird. Beide Rohstoffe sind in Chile reichlich vorhanden. Nach Angaben des chilenischen Bergbau-

von
Iris Frey
und
Theresa
Kofler

Ministeriums soll die Nachfrage nach Kupfer bis 2040 um das Fünffache steigen, die Nachfrage nach Lithium bis 2050 um fünfhundert (!) Prozent (nach Angaben der Weltbank). Abgesehen von den schrecklichen Folgen für die Umwelt wird das überarbeitete Abkommen auch wieder ISDS, also Investitionsbestimmungen, enthalten: Dadurch können ausländische Unternehmen Chile vor zwielichtigen geheimen internationalen Schiedsgerichten verklagen. Bisher sind weltweit schon über 1.200 solcher millionen- oder gar milliardenschwerer Klagen bekannt. Chile müsste die Kosten dafür aus Steuermitteln zahlen.

Gier nach Rohstoffen auch Treiber bei EU-Mercosur

Im Gegensatz zu EU-Chile beinhaltet das EU-Mercosur-Abkommen zwar kein eigenes Rohstoff-Kapitel, aber das Abkommen trägt trotzdem zentral die Handschrift der europäischen Autokonzernlobby, die sich genau diese Rohstoffe sichern muss.

Seit vielen Jahren verhindert die Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantik das EU-Mercosur-Abkommen erfolgreich. Die EU wickelt auf bilaterale Abkommen wie die neue Rohstoff-Partnerschaft zwischen der EU und Argentinien aus. Nun steigt die EU-Kommission aber auf das Gaspedal und will das EU-Mercosur-Abkommen unbedingt noch 2023 abschließen.

4



EU Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spaltet das Abkommen in ein politisches und ein wirtschaftliches Kapitel – diese können auch ohne die Zustimmung nationaler Parlamente beschlossen werden (Attac-Fotoaktion, September 2023)

Keine Klimagerechtigkeit ohne Ende der neokolonialen Ausbeutung

Durch die Rohstoff-Strategien der EU wird der Ressourcenraub, der zentraler Treiber hinter der Kolonisierung des Globalen Südens war, fortgeschrieben. Die historischen Kontinuitäten sind unübersehbar. Während sich die Handelsabkommen in eine Sprache der nachhaltigen Entwicklung kleiden, werden politische Handlungsspielräume weiter eingeschränkt und die Lebensgrundlagen der Menschen im Globalen Süden für unsere Energiewende zerstört. Zu Recht reden die Menschen dort vom Projekt eines grünen Kapitalismus.

Für uns als Zivilgesellschaft ist klar: Wir müssen uns noch besser koordinieren und neue Bündnisse

5

schließen, um diesen Strategien die Stirn zu bieten. Unsere imperiale Lebensweise fortzuführen und sie lediglich auf „erneuerbar“ umzustellen, wird sich ohne Ausbeutung des Globalen Südens nicht ausgeben. Unser Ressourcenverbrauch muss drastisch sinken, damit ein gutes Leben für alle auf diesem Planeten möglich wird. Degrowth wird zum Schlagwort dieser Trendwende.

Antworten finden wir nur gemeinsam

Mitte Juli kamen die lateinamerikanischen und karibischen Regierungschefs in Brüssel zusammen, um über das EU-Chile- und weitere Abkommen zu diskutieren. Dort haben wir uns mit sozialen Bewegungen und Vertreter*innen von Organisationen aus Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern vernetzt, uns ausge-

tauscht, viel voneinander gelernt und laut protestiert. Und auch hier in Österreich haben wir eine Vernetzung zwischen Organisationen und Plattformen angestoßen, die rund um die Themen Handel, Ressourcen und Verkehrs- und Energiewende arbeiten. Wir müssen uns zusammentun und herausarbeiten, wie eine Energie- und Verkehrswende in Europa ausschauen kann, die nicht auf Kosten des Globalen Südens geht. Und wir müssen die zerstörerischen Abkommen stoppen, die der konzerngetriebenen Globalisierung weiteren Vorschub leisten!



den fossilen finanziers der klimakrise die geld-pipelines kappen!

der widerstand gegen eine öl-pipeline zeigt, was internationale kampagnen bewirken können

Die geplante East African Crude Oil Pipeline (EACOP) ist ein fossiles Mega-Projekt. Mit 1.443 Kilometern von Uganda bis an die Küste Tansanias (etwa die Strecke von Graz nach Oslo) wäre sie die längste elektrisch beheizte Pipeline der Welt. EACOP soll dabei unterirdisch verlaufen und 36,5 Millionen Liter Rohöl (auf 50 Grad erhitzt) pro Tag transportieren. Fünf Milliarden Dollar soll EACOP kosten und jährlich 36 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen verursachen.

Die vorbereitenden Baumaßnahmen begannen 2022, Anfang 2024 soll der Bau der Pipeline starten. Bis zur Fertigstellung 2025 müssten über 100.000 Menschen umgesiedelt oder enteignet werden. Die Pipeline würde

von Mario
Taschwer



eine 30 Meter breite Schneise mitten durch Naturschutzgebiete schlagen und 400 Dörfer zerstören. Zudem ist die Pipeline ein neokoloniales Projekt: Die Gesellschaft gehört aktuell zu 62 Prozent dem französischen Fossilkonzern Total Energies. Wieder einmal fährt eine europäische Firma Profite ein, während die Lebensgrundlagen der Bevölkerung vor Ort zerstört werden. Genügend Gründe also, um das Projekt zu stoppen.

Wie bekämpft man eine Pipeline?

Neben Total Energies gehört die Pipeline einer Ölfirma aus Uganda, einer aus Tanzania (jeweils Anteile von 15 Prozent) und einer aus China (8 Prozent Anteil). Da Projekte mit fossilen Brennstoffen immer riskanter werden,

brauchen selbst große Unternehmen wie Total finanzielle Unterstützung und Rückendeckung. Und genau hier setzt die Kampagne an: Die Strategie von „Stop EACOP International“ ist es, öffentlichen Druck auf alle involvierten Unternehmen auszuüben. Dazu baute die Kampagne eine breite internationale Koalition aus Mitgliedern der lokalen Gemeinschaften sowie lokalen und internationalen NGOs und Bewegungen auf, um das Projekt zu bekämpfen. In Österreich protestierten Fridays for Future gemeinsam mit Aktivist*innen aus Uganda, Deutschland und Italien gegen die österreichische Firma ISOPlus, welche die Pipeline-Rohre isoliert.

Internationale Protestaktion
gegen die Vienna Insurance
Group (VIG), Wien Mai 2023

Ein zentraler Hebel der Kampagne ist es, die Geld-Pipeline für dieses Projekt trocken zu legen. Dafür verschickten einige Gruppen Risiko-Briefings an die Finanzkonzerne und versuchten so die potenzielle Unterstützung zu unterbinden, noch bevor Total überhaupt um Finanzierung bat. Diese Strategie hatte Erfolg: Die Großbanken Barclays und BNP Paribas werden sich nicht an der Finanzierung der EACOP beteiligen, auf Versicherungsseite traten AXA, Swiss Re, Mizuho, Allianz und Citi zurück. Insgesamt gaben 24 Großbanken und 23 große Versicherer an, EACOP auszuschließen. Auch die Exportkreditagenturen von Frankreich, Deutschland, Italien und dem Vereinigten Königreich verpflichteten sich, die Verbindung zu EACOP zu kappen.

Die endgültige Investitionsentscheidung wurde bereits dreimal verschoben, der Projektplan hat sich jetzt schon um mehr als drei Jahre verzögert, und die Kosten sind von geplanten 3,5 Milliarden Dollar auf 5 Milliarden Dollar angestiegen. Nur noch die südafrikanische Standard Bank und die Industrial and Commercial Bank of China beteiligen sich an dem Projekt. Der Druck wirkt, doch der Kampf ist noch nicht zu Ende.

Was können wir von dieser Kampagne lernen?

Mit gezielten Aktionen können wir die Schwachpunkte scheinbar übermächtiger Gegner treffen – wie eben das Kappen der Geld-Pipelines für EACOP. Weitere Möglichkeiten sind physischer Widerstand und Blockaden vor Ort. Die Kampagne zeigt, wie wir als Zivilgesellschaft abseits von Handlungsaufforderungen oder Appellen an Regierungen oder staatliche Organisationen selbst aktiv werden und Klimakiller-Finanziers stoppen können. Sie zeigt auch, wie wir international erfolgreich zusammenarbeiten können – mit globaler Solidarität und lokalem Handeln gegen Firmen vor Ort.

Attac hat in Kooperation mit einer tschechischen NGO auf die Vienna Insurance Group (VIG) eingewirkt. Durch Druck vor und auf der Aktionärsversammlung haben wir dazu beigetragen, dass die VIG eine neue Policy erlassen hat. Auch wenn wir freiwillige Selbstverpflichtungen zu Recht kritisieren und Regulierung und Verbote fordern, können wir die VIG in Zukunft an ihrer eigenen Policy messen und die Scheinheiligkeit der Konzerne aufzeigen.

Big Picture: Finanzinstitutionen als Finanziers der Klimakrise

Der Finanzsektor spielt eine zentrale Rolle bei der Klimakrise. Eine der wichtigsten Forderungen des Pariser Klimaabkommens (2015) war es daher, die „Finanzströme mit der Reduzierung der Treibhausgasemissionen und einer klimaresistenten Entwicklung in Einklang zu bringen“. Doch allein Banken haben seither 3,8 Billionen Dollar in fossile Projekte investiert, denn das überschüssige Finanzkapital sucht nach neuen Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten im Globalen Süden. Durch erfolgreiches Lobbying konnten Finanzkonzerne bei den Klimagipfeln die Agenda für das Finanzwesen kapern und so dringend nötige Regulierungen blockieren. Attac fordert in diesem Zusammenhang:

- Die Industrieländer müssen sofort konkrete Schritte einleiten, um alle Investitionen in Projekte für fossile Brennstoffe zu stoppen. Zudem ist ein ernsthafter Plan für die Finanzierung der Transformation im Globalen Süden nötig. Dieser muss der historischen Verantwortung des Globalen Nordens für den Klimawandel Rechnung tragen und Kompensationspläne für den Verbleib fossiler Brennstoffe im Boden enthalten.
- Die Mittel zur Bewältigung des Klimawandels im Globalen Süden müssen aufgestockt werden. Der 2009 versprochene (aber nie eingelöste) jährliche 100-Milliarden-Dollar-Fonds muss neu konzipiert und erhöht werden sowie auf Zuschüssen – und nicht auf Krediten – basieren. Der Preis für die Transformation geht in die Billionen, nicht in die Milliarden. Daher müssen Finanztransaktionen und Konzerne endlich gerecht besteuert werden.

energieversorgung demokratisieren!

holen wir uns die kontrolle über lebensnotwendige öffentliche infrastruktur zurück – saubere und leistbare energie für alle!

„Ein gerechtes Energiesystem muss ein demokratisches Energiesystem sein.“ Die Forderung mag simpel klingen, dahinter steckt jedoch eine Mammutaufgabe. Angefangen mit dem Energiegrundanspruch, Protesten rund um die Europäische Gaskonferenz und intransparente Lobbygeschäfte bis zu unserer neuen Kampagne und Petition „Energieversorgung demokratisieren!“ – wir kämpfen für eine gerechtes und demokratisches Energiesystem.

Die Energiekrise mit explodierenden Preisen – maßgeblich verantwortlich für die Rekordinflation – hat anschaulich gezeigt, dass Profitmaximierung und liberalisierte Märkte nicht unsere Grundversorgung mit Energie organisieren dürfen: Ein liberalisiertes Energiesystem ist auf Profitmaximierung ausgerichtet und verschiebt die Machtverhältnisse zugunsten der Konzerne und des Kapitals. Ebenso wenig schaffen wir ohne massive Reduktion des Energieverbrauchs und einen koordinierten Umbau zu 100 Prozent Erneuerbaren eine klimagerechte Energiewende.

Große Energiekonzerne haben durch die Marktstruktur starke Monopol- und Oligopolstrukturen aufgebaut und enormen Einfluss auf Preise und Struktur des Energiesystems. In der Energiekrise ist es sogar

noch schlimmer geworden. Die Konzerne haben Rekordprofite gemacht und trotzdem die Preise für Verbraucher*innen massiv erhöht. Unsere zentralen Forderungen beinhalten daher nicht nur, die Energieversorgung in öffentliches Eigentum zu bringen, sondern den ganzen Sektor gemeinwohlorientiert und demokratisch zu organisieren. Dazu gehören die gesetzliche Verankerung von Leistbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimagerechtigkeit als Leitlinien für die Energieversorger. Demokratisierungsprozesse bräuchten neue Gremien wie Energieräte – zusammengesetzt aus Zivilgesellschaft, Expert*innen, Wissenschaft, Beschäftigten sowie Konsument*innen – zur Planung und Entscheidung über die Produktion und Verteilung von Energie.

EU-Reform ist nur Kosmetik

Leider fehlen die politischen Maßnahmen für diese Ziele völlig. Auf EU-Ebene hat die Kommission eine Reform des Strommarktes präsentiert, die nicht mehr als etwas Kosmetik am liberalisierten Strommarkt ist. Gleichzeitig wird die Infrastruktur für Erdgas in Form von Pipelines, neuen Bohrprojekten und LNG-Terminals massiv ausgebaut. Von grundlegenden Veränderungen, die Börsenspekulation und Megaprofite mit dem Handel

von Max
Hollweg

von Energie verhindern würden, ist nichts zu sehen. Die EU möchte Preisgestaltung sowie Energiewende weiter über den Markt regeln, der uns in eine beispiellose Energie- und Klimakrise geführt hat.

Die europäische Gaskonferenz als Symbol für die fossile Lobbymacht

Während der European Gas Conference, die von 27. bis 29. März 2023 in Wien stattfand, wurden diese Verhältnisse sichtbar wie selten. Hunderte Lobbyist*innen der Gasindustrie, die unbehelligt hinter den verschlossenen Türen eines Luxushotels geheime Deals aushandeln und über die Zukunft unserer Energieversorgung entscheiden – das galt bis März als völlig normal. Politiker*innen, die der Gasindustrie dabei den Hof machen – auch ganz normal. Alles weitgehend unbehelligt von der kritischen Öffentlichkeit. Mit dem Gegengipfel, der „Power to the People“-Konferenz, sowie kreativem Protest verschiedener Gruppen und einer Großdemo mit tausenden Teilnehmer*innen haben wir das geändert.

Seit den Protesten gegen die Gaskonferenz ist klar, dass wir diesen undemokratischen Hinterzimmerdeals nicht länger tatenlos zusehen. Denn





Über 600 Menschen aus aller Welt nahmen an der „Power to the People“-Konferenz (24.–26. März 2023) teil

die Macht der Gaslobby führt dazu, dass die Klimakrise weiter eskaliert, während Länder des Globalen Südens ausgebeutet werden.

Viele internationale Aktivist*innen berichteten auf der Power to the People-Konferenz von Unterdrückung und Ausbeutung sowie von Armut, Krieg und Gewalt in ihren Ländern als Folge des derzeitigen Energiesystems. Sie schilderten ihren Kämpfe gegen fossile Konzerne und autoritäre Regime, gegen Europas neokoloniale Gasprojekte in Afrika und gewalttätigen Extraktivismus in Lateinamerika. Auch Themen wie Energiearmut und existenzbedrohende Teuerung wurden behandelt. Und obwohl Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen zusammenkamen, hatten sie alle etwas gemeinsam: den Drang, Alternativen zum derzeitigen profitgetriebenen kapitalistischen Energiesystem zu entfachen. Und davon gibt es genug!



Großdemo mit kämpferischen Reden vor dem Marriott-Hotel

Die Teilnehmer*innenzahl bei der Demonstration „Stopp die Gaslobby“ am 28. März übertraf mit mehr als 5.000 Menschen alle Erwartungen. Die Route führte auch am Marriott-Hotel vorbei, jenem Luxushotel, in dem die Gaslobby ihre Konferenz abhielt. Unter den zahlreichen Redner*innen auf der Demonstration waren unter anderem Lisa Mitten-drein von Attac für das Bündnis Es Reicht!, Luisa Neubauer von den Fridays for Future, Dean Bhebhe von Don't Gas Africa und viele andere mehr.

Vier Forderungen für ein gerechtes Energiesystem

Das war erst der Anfang. Mit unserer Petition und Kampagne „Energieversorgung demokratisieren!“ möchten wir eine Plattform verschiedener Akteur*innen aufbauen, die gemeinsam am demokratischen Umbau des

Energiesystems arbeitet. Mit dem ÖGB, Klimagruppen sowie Initiativen für ökologische und soziale Gerechtigkeit haben wir folgende vier Forderungen ausgearbeitet:

- Spekulation und Börsenhandel mit Energie beenden
- Gemeinnützige Energieversorger statt Profitmaximierung
- Energie-Grundanspruch für alle und gerechte Preise
- Klima- und sozial gerechte Energieproduktion

Mit Aktionen, Veranstaltungen und vielen Gesprächen bauen wir weiter Druck auf und schaffen Alternativen. Holen wir uns die Kontrolle über lebensnotwendige öffentliche Infrastruktur zurück – saubere und leistbare Energie für alle!

Mehr Infos zur Kampagne und zur Petition unter: attac.at/energie

Demonstration „Stopp die Gaslobby“ am 28. März 2023 in Wien



eine demokratische revolution im internationalen steuerwesen?

jahrzehntlang haben die industriestaaten die internationalen steuerregeln diktiert. das könnte sich nun ändern, doch der weg ist noch weit.

Hunderte Milliarden Euro gehen den Staaten weltweit durch Steuertricks von Konzernen verloren. Und obwohl zahlreiche Steuerskandale der letzten Jahre auch zu aufwändigen globalen Reformen führten, bleiben deren Ergebnisse letztlich ernüchternd. Denn trotz einer Vielzahl neuer komplexer Regeln im globalen Steuerwesen ist es kaum gelungen, die Machenschaften der Konzerne einzudämmen. Gleichzeitig geht das Steuerdumping zwischen den Staaten auch bei den nominalen Steuersätzen für Unternehmen munter weiter. Mit ein Grund dafür ist die Tatsache, dass die globalen Steuerverhandlungen alles andere als demokratisch ablaufen.

von
David
Walch

Im Interesse der reichen Staaten

Verhandlungsergebnisse hängen auch davon ab, wer mit wem verhandelt – und wer davon ausgeschlossen ist. Das spiegelt sich auch im Steuerwesen wider. Die Hauptplattform für Verhandlungen der internationalen Steuerregeln ist seit vielen Jahrzehnten die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – obwohl sie dafür eigentlich gar nicht legitimiert ist. Die OECD besteht lediglich aus 38 Mitgliedsländern, vorrangig Industrienationen.

10

Es ist daher wenig überraschend, dass ihre – für die Öffentlichkeit völlig intransparenten – Verhandlungen und deren Ergebnisse die Wünsche der großen Industrienationen (und der dortigen Kapitalinteressen) widerspiegeln – und nicht jene vieler Schwellen- und Entwicklungsländer.

Bester Beweis dafür ist die Globale Mindeststeuer der OECD, die ab 2024 zunächst in der EU eingeführt werden soll. Zwar hat die OECD auch Nichtmitgliedern die Teilnahme an den Verhandlungen ermöglicht, allerdings waren sie dabei keineswegs gleichberechtigte Partner. Zudem konnten sie nur unter der Bedingung teilnehmen, dass sie – gegen ihre eigenen Interessen – bisherige OECD-Vereinbarungen umsetzen. Kein Wunder, dass letztlich zwei Drittel der ärmsten Staaten an den Verhandlungen nicht teilnahmen.

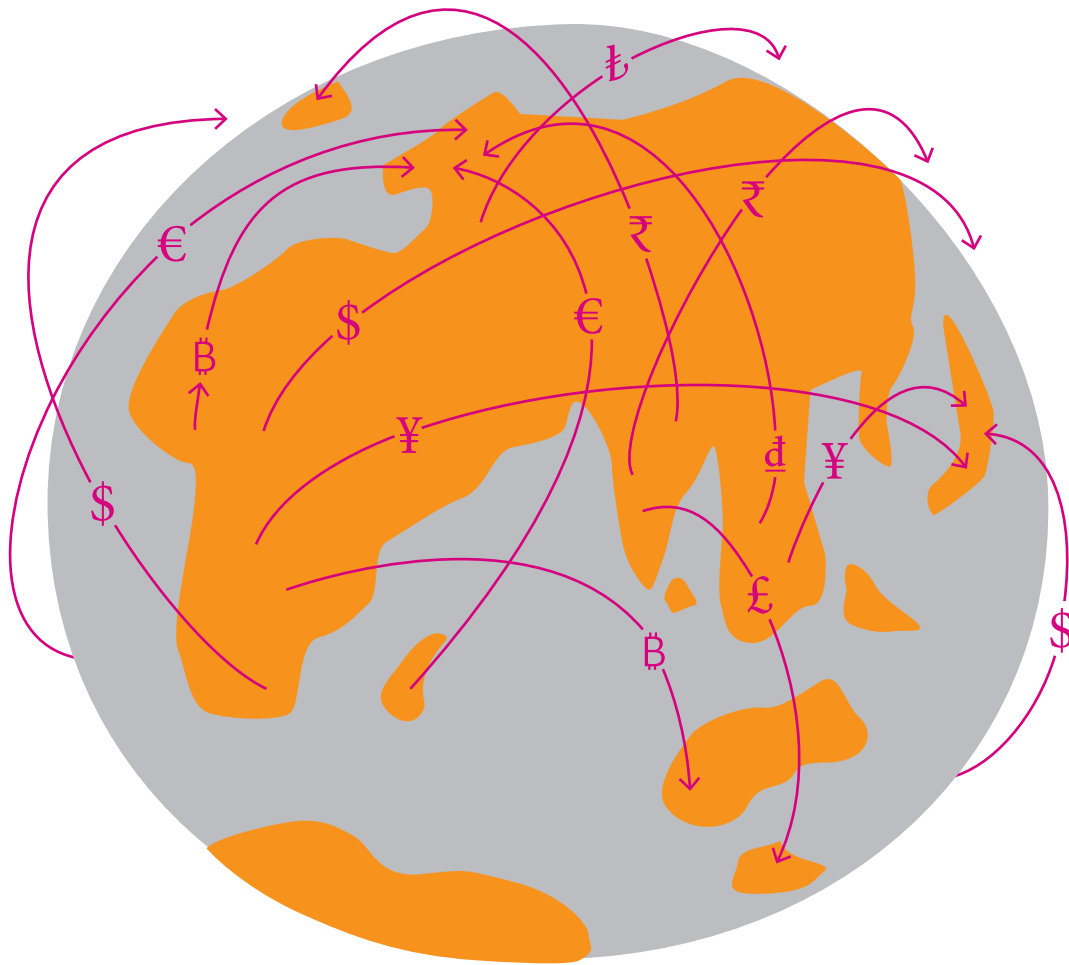
Das Ergebnis der Globalen Mindeststeuer ist in jedem Fall ernüchternd: Sie wird dem Ausmaß der globalen Probleme bei der Konzernbesteuerung nicht gerecht und wird Ländern des globalen Südens kaum zusätzliche Einnahmen bringen. Daher gibt es in vielen Staaten berechtigte Zweifel und Widerstand die OECD-Beschlüsse umzusetzen.

Die UNO nimmt das Heft in die Hand

Aufgrund der Erfahrungen und Enttäuschungen bei der Globalen Mindeststeuer wird eine langjährige Forderung der Zivilgesellschaft und ärmerer Staaten immer lauter: Für wirklich demokratische globale Verhandlungen im Steuerwesen ist ein demokratisches Forum nötig, an dem alle Länder gleichberechtigt ohne Einschränkungen und Bedingungen teilnehmen. Der einzige Ort, der dies leisten kann, sind die Vereinten Nationen (UNO).

Nun hat sich auch die UNO selbst dessen angenommen. Gegen den heftigen Widerstand der OECD (darunter vor allem die USA und Großbritannien) verabschiedeten die UNO-Mitgliedsstaaten im Dezember 2022 einen bahnbrechenden Resolutionsentwurf afrikanischer Länder für eine Reform der globalen Steuerpolitik. Die darin enthaltene Forderung nach einer UNO-Steuerkonvention wäre ein entscheidender Schritt hin zu einer gleichberechtigten Steuerkooperation.

Die politische Dynamik hat seither weiter Fahrt aufgenommen. Im Juni 2023 unterstützte auch das EU-Parlament das Vorhaben; im September 2023 legte UNO-Generalsekretär Antonio Guterres einen Bericht für nächste Schritte vor. Darin kritisierte er das Machtgefälle, die Intransparenz und die Ergebnisse der OECD ungewöhnlich scharf. Der Bericht fordert



unmissverständlich, dass die globalen Steuerregeln in der UNO festgelegt werden sollen und präsentiert dafür folgende drei Optionen:

- eine multilaterale Konvention über Steuern
- ein Rahmenübereinkommen über die internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich
- ein Rahmen für die internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich.

Die ersten beiden Optionen sind ehrgeiziger und rechtsverbindlich, die letzte freiwillig. Eine multilaterale Konvention würde einen stabilen Rechtsrahmen für die internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich setzen. Ein Rahmenübereinkommen könnte – ähnlich den UN-Klimagipfeln – ein Forum schaffen, das die internationale Steuerpolitik kontinuierlich weiterentwickelt.

Eine demokratische Antwort überfällig

Der Weg dahin ist freilich noch lang. Bis zu einer unterschriftsreifen Rahmenkonvention ist mit Verhandlungen über viele Jahren zu rechnen. Klar ist auch, dass ein neuer Verhandlungsort nicht automatisch zu Erfolgen führen wird. Aber Verhandlungen in der UNO sind transparenter, sie stärken die Rechenschaftspflichten gegenüber den Bürger*innen und schwächen den Einfluss finanzstarker Lobbygruppen. Weiter auf die OECD zu setzen ist jedenfalls keine Alternative.

Die Frage ist nun, wie sich jene Industriestaaten verhalten werden, die

das globale Steuersystem seit Jahrzehnten in ihrem Interesse und in jenem ihrer multinationalen Konzerne gestaltet haben. Die EU-Finanzminister haben Anfang Oktober 2023 bereits signalisiert, jegliche substanzielle Fortschritte zu bekämpfen und lediglich die freiwillige Option zu unterstützen – ganz im Gegensatz übrigens zur Position des EU-Parlaments.

Eine ehrgeizige, demokratische und globale Antwort, um für eine gerechte Besteuerung globaler Konzerne zu sorgen ist überfällig. Sowohl die EU als auch Österreich sind daher gefordert alle Bemühungen in diese Richtung zu unterstützen. Lange genug wurden die globalen Steuerregeln undemokratisch hinter verschlossenen Türen beschlossen.

neues eigentümerregister- gesetz bringt hürden für medien und zivilgesellschaft

die regierung hält wenig von transparenz und schützt damit die interessen der reichsten

Öffentliche Eigentümerregister machen nachvollziehbar, wer hinter Unternehmen steht und diese kontrolliert. Zahlreiche Leaks und Steuerkandale zeigen, dass ein breiter öffentlicher Zugang zu diesen Daten von entscheidender Bedeutung ist, um Korruption, Geldwäsche und Steuerbetrug zu erschweren und aufzudecken. Denn intransparente Konstruktionen wie Stiftungen oder Briefkastenfirmen spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Wie in unserem Attac Magazin 01/2023 berichtet, hat die Regierung im November 2022 den öffentlichen Zugang zum österreichischen Eigentümerregister völlig eingestellt. Grund dafür war ein skandalöses Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das den öffentlichen Zugang für rechtswidrig erklärt hatte.

Wer mit Recherchen beginnt, kann noch keine „Erfolge“ vorweisen

Im Juli 2023 verabschiedete die Regierung nun ein Gesetz, mit dem das Eigentümerregister für Akteure mit „berechtigtem Interesse“ wieder geöffnet werden soll. Allerdings schafft sie dabei große Zugangshürden für Medien und die Zivilgesellschaft: Als Nachweis des „berechtigten Interesses“ sind nun ein journalistischer oder wissenschaftlicher Beitrag oder ein entsprechendes Vereinsstatut zum Thema Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bzw. „erfolgreiche diesbezügliche Aktivitäten“ nötig. Doch wer mit Recherchen beginnt, kann klarerweise noch keine „Beiträge“ oder

„erfolgreiche Aktivitäten“ vorweisen. Das gibt der Registerbehörde einen viel zu großen Ermessensspielraum bei der Entscheidung darüber, ob im jeweiligen Fall ein berechtigtes Interesse besteht – eine äußerst restriktive Auslegung wird so möglich.

Zudem wurden auch im neuen Gesetz die altbekannten Schlupflöcher des Registers nicht beseitigt: Eine Meldepflicht besteht weiterhin erst ab einem mehr als 25-prozentigen Anteil an Eigentum. Ist eine Unternehmens Ebene zwischengeschaltet, sind sogar mehr als 50 Prozent für eine verpflichtende Meldung im Register notwendig. Ideal wäre eine Meldepflicht bereits ab einer Aktie, um jeglichen Verschleierungskonstruktionen einen Riegel vorzuschieben.

Eine weiteres Problem: Für Berechtigte ist eine Suche nur nach Firmenwortlaut möglich, nicht aber nach

von
David
Walch

wirtschaftlichen Eigentümer*innen. Bei Geldwäsche und Steuerbetrug laufen die entscheidenden Fäden allerdings bei Personen zusammen und nicht bei den Rechtsträgern. Zudem stehen die Daten weder in einem durchsuchbaren open data Format zur Verfügung noch ist die Nutzung kostenlos. All diese Schwächen entwerten das Register – selbst wenn man darauf Zugriff erhält.

Neue EU-Richtlinie als Chance

In der EU wird in den kommenden Monaten eine neue Richtlinie zum Thema Geldwäsche verhandelt, mit der diese Missstände behoben werden könnten. Als Attac werden uns dabei mit Partnerorganisationen für einen möglichst uneingeschränkten Zugang und die Behebung der aktuellen Schwächen der Register einsetzen.

12



mit langem atem für einen beitrag der reichsten!

was dringend nötig ist, sind vermögenssteuern, die das anwachsen der ungleichheit nicht nur verlangsamen, sondern die kluft zwischen arm und reich auch wirklich verringern



Wo bleibt die
Vermögenssteuer?
%attac

Manche Forderungen benötigen einen laaangen Atem – wer sollte das besser wissen als eine Organisation wie Attac, die sich für das „Gute Leben für alle“ einsetzt. Ein eindringliches Beispiel dafür ist eine gerechtere Besteuerung der Reichsten. Eine der ersten Attac-Kampagnen im Jahr 2005 hieß „Fair Steuern“ und beinhaltete klarerweise eine Vermögenssteuer. Unsere Argumente von damals sind auch heute noch unverändert gültig...

Das Fehlen effektiver Vermögenssteuern trägt dazu bei, dass die Ungleichheit immer weiter zunimmt. Die großen Vermögen erzielen nämlich jährliche Zuwachsraten von 5 bis 10 Prozent Vermögensplus. Mit „Leistung“ ist das freilich nicht erklärbar: Neben fehlenden Vermögenssteuern tragen dazu auch die niedrige Besteuerung von Kapitaleinkommen, Steuerprivilegien für Stiftungen sowie die zahlreichen Möglichkeiten der „Steuervermeidung“ bei, die nur den Reichsten offenstehen. Allein im Jahr 2021 ist das Vermögen der Milliardär*innen um 28 Prozent angewachsen! Diese langjährige Entwicklung führte dazu, dass das reichste

von Mario
Taschwer
und David
Walch

13

Prozent rund 40 Prozent des Gesamtvermögens besitzt, während 40 Prozent der Österreicher*innen über kein nennenswertes Vermögen (also unter 50.000 Euro) verfügen.

Österreich ist heute – genauso wie im Jahr 2005 – eines der Schlusslichter, wenn es um den Beitrag der Reichsten zum Allgemeinwohl geht. In Kanada etwa tragen Vermögenssteuern einen 10-mal so großen Anteil zum gesamten Steueraufkommen bei. Und so entgehen uns jährlich Milliarden für Klimaschutz, bessere Bildung oder Pflege.

„Vergiss nicht – Du bist die Hure für die Reichen!“

Die steigende Vermögenskonzentration gefährdet zudem die Demokratie. Die Reichsten beeinflussen auf vielfältige Art die Politik und die (Steuer)Gesetze – etwa durch persönliche Kontakte, Lobbying oder üppige Parteispenden. Selten wurde das so deutlich wie durch die berühmten Chats von Thomas Schmid: „Vergiss nicht – du hackelst im ÖVP Kabinett!! Du bist die

Hure für die Reichen!“ Aber auch „Thinktanks“ wie etwa die Millionärs-gewerkschaft Agenda Austria beeinflussen die mediale Debatte. Und so werden Vermögenssteuern von Zeitungs-Kommentator*innen seit Jahren mit denselben Scheinargumenten (Ineffektiv! Jobkiller! Neid!) bekämpft – obwohl die Ökonomie diese schon längst widerlegt hat. In der Bevölkerung hingegen sind laut aktueller Umfragen zwei Drittel für Vermögenssteuern.

Österreich könnte zig Milliarden einnehmen

Wir brauchen dringend Vermögenssteuern, welche die zunehmende Ungleichheit nicht nur verlangsamen, sondern verringern. Sie müssen daher jene am stärksten betreffen, die viele Millionen und Milliarden besitzen! Mit stark progressiven Vermögenssteuern könnte Österreich zig Milliarden einnehmen. Ein Grund mehr, weiter langen Atem zu beweisen.

**DU WIRST
PAT*IN UND
ICH WERDE
LANDWIRT**



**SOS
KINDERDORF**

www.sos-kinderdorf.at

Die Hochschulen den Studierenden!

Deine ÖH kämpft für
deine Rechte im Studium.



Österreichische
Hochschüler_innenschaft

www.oeh.ac.at
oeh@oeh.ac.at
[@bundesoeoh](https://www.instagram.com/bundesoeoh)



„**DANK**“ **Corona** stieg der Weltmarktanteil
der Schuhe „**made in Asia**“ **auf 87 %**

DANK Euch gibt es uns noch immer.
So danken wir euch von Herzen,
denn ihr seid unsere wichtigsten Arbeitgeber.

BITTE!

Als autorisierter Firmendichter rufe ich Euch zu:
„**Wir woll'n Euch gute Schuhe geben,
denn Euer Einkauf lässt uns leben.**“



P. s.: Diese Wirtschafts(un)ordnung macht alles kaputt.
Stimmt nicht ganz, - wenige macht sie unsäglich reich.

Pp.s.: **Attac** muss stärker werden.
Schritt 1. Wir brauchen eine Finanz-Transaktions-Steuer.
Und zwar recht bald. Alles Gute, herzlich, GEA.

1970

Damals gehörte die österreichische
Schuhindustrie ohne jeden Zweifel **zu
den besten der Welt.**

2023

Die letzten fünf Schuh-erzeugenden
Betriebe Österreichs produzieren in
Summe rund 0,5 % der in Österreich
verkauften Schuhe.

Bis boid **BEI**





%attac